

Jugendsozialarbeit

→ aktuell

Nummer 227
Mai 2024

Sehr geehrte Leser*innen,

am 23. Mai dieses Jahres feierte das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland seinen 75. Geburtstag. Wie unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung betont auch die „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ in ihrem ersten Artikel die unantastbare Würde des Menschen, die es zu achten und zu schützen gelte. Die Präambel dieser Charta beginnt mit den Worten: „Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden.“

Diese enge Union sichert seit über 70 Jahren die friedliche Zukunft auf unserem Kontinent – eine Zukunft, deren Friede zunehmend bedroht ist.

In seiner Position „Wir machen uns stark für Demokratie“ zeigt sich der Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit besorgt, dass bei den anstehenden Wahlen zum Europaparlament viele Menschen völkisch-nationalistisch gesinnte oder Demokratie verachtende Kandidat*innen wählen. Er betont, dass jede einzelne Stimme für eine demokratische Partei mitentscheidend sei für die Zukunft Europas.

Katholische Jugendsozialarbeit steht für eine demokratische, vielfältige Gesellschaft, für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde ein. Es kommt auf jede Stimme an, dass wir auch weiterhin in Europa eine friedliche Zukunft teilen und enger zusammenwachsen können.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.



Stefan Ewers
Geschäftsführer

Europa hat die Wahl: Aus den Parteiprogrammen zur Europawahl

Stefan Ewers

Frieden, Freiheit, Wohlstand, Sicherheit – so prangt es derzeit von den Plakaten der Parteien zur Wahl des Europäischen Parlaments. Dazu noch Gerechtigkeit und Zusammenhalt – und fertig ist der Wahlwerbe-Cocktail. Die Parteien versprechen uns damit eigentlich nichts anderes als die Sicherung der Grundbedürfnisse. Was jedoch zunächst so banal klingt, ist gerade in diesen Tagen gar nicht so einfach umzusetzen und einzuhalten: Krieg und Terror, Klimawandel und Artensterben, soziale Spaltung und nationalistische Tendenzen bedrohen ein friedliches und gemeinschaftliches Zusammenleben in Europa.

Wie die Parteien diese Herausforderungen angehen und welche Ziele sie in den kommenden Jahren mit ihrer Arbeit im Europäischen Parlament verfolgen wollen, haben sie in ihren Wahlprogrammen formuliert. Was aber sagen die Parteien zu den Themen „Jugend“ und „Ausbildung“, die uns in der Jugendsozialarbeit besonders interessieren?

Gemeinsam für ein starkes Europa.

Auf 50 Seiten formuliert die SPD ihr Wahlprogramm. Zur „Jugend“ äußert sie sich unter folgenden Überschriften: Kostenloses Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen, gute (Aus-)Bildung, Schutz vor Kinderarmut und Entkriminalisierung von Cannabis. Zudem möchte sie bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen durch EU-Mittel fördern und Gewalt gegen Frauen durch Bildungsprogramme für Jungen und Mädchen bekämpfen.

Das kostenlose Interrail-Ticket, das 18-Jährige im Rahmen des Projekts DiscoverEU erhalten, sollen in Zukunft alle 18-Jährigen in der EU beziehen können. „Damit sich auch

¹ Gemeinsam für ein starkes Europa. Das Wahlprogramm der SPD.



https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/EuroDel/20240128_Europaprogramm.pdf

Jugendliche mit wenig Geld die Reisekosten leisten können, wollen wir eine unkomplizierte Förderung über Erasmus+ schrittweise möglich machen.“ (S. 19)¹ Die DiscoverEU-Jugendkarte mit Rabatten für Unterkunft, Verpflegung, Sport, Kultur, Lernaktivitäten und ÖPNV wollen sie ausbauen.

Viel Raum widmet die SPD dem Thema „Gute (Aus-)Bildung“. Diese darf nicht „von der Herkunft, dem Geschlecht, einer Behinderung oder dem Geldbeutel und der sozialen Lage der Eltern abhängen.“ (S. 40)¹ Anknüpfend an die Initiativen des Europäischen Bildungsraums 2025 will sich die SPD für einen echten europäischen Bildungsaufbruch einsetzen. „Wir wollen allen Kindern in der EU bis 2030 eine inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Grund- und Sekundarbildung garantieren. Gleichzeitig fordern wir einen verbindlichen Qualitätsrahmen und eine angemessene Finanzierung der Jugendgarantie, nach der allen jungen Menschen in der EU innerhalb von vier Monaten nach Schulabschluss oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein hochwertiges Angebot für einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, eine Weiterbildungsmöglichkeit oder ein Praktikum gemacht werden soll.“ (S. 40)¹ Um die Rechte von jungen Menschen zu stärken, soll darüber hinaus die Vergütung von Praktika sichergestellt werden. Die grenzüberschreitende Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen soll erleichtert und die Breitenförderung der europäischen Hochschulen gestärkt werden. Die SPD spricht sich für eine EU-weite gebührenfreie Bildung von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Meister oder Master aus. Bildungsinvestitionen sollen deutlich gesteigert, der Europäische Solidaritätskorps und ERASMUS+ sollen gestärkt werden: „Unser Ziel ist es, dass jede und jeder, der dies möchte, bis zu seinem 25. Lebensjahr mindestens eine durch ERASMUS+ geförderte Lernerfahrung im Ausland machen kann.“ (S. 40)¹ Mit Hinweis auf die europäischen und internationalen Jugendverbände unterstreicht die SPD deren politische und kulturelle Bildungsarbeit und weist nochmals darauf hin, dass gerade grenzüberschreitende Projekte und Begegnungen zum Abbau von Vorurteilen beitragen und so Europa erlebbar machen.

Zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie will die SPD ausreichend EU-Mittel im Rahmen der Europäischen Sozialfonds zur Verfügung stellen. Die Sozialfonds müssen nach Ansicht der SPD in der kommenden Förderperiode finanziell besser ausgestattet werden, was auch der sozialdemokratischen Idee einer Kindergrundsicherung gerade beim Ausbau der Infrastruktur für Bildung und Teilhabe zugutekommt.

Europa. Einfach. Machen.

Die FDP schafft es, in ihrem 21 Seiten umfassenden Wahlprogramm das Wort „Jugend“ kein einziges Mal zu verwenden. Europa soll generell Bildungs- und Aufstiegschancen eröffnen: „Sei es ein Schüleraustausch in Frankreich, ein ausbildungsbegleitendes Praktikum in Schweden oder ein Auslandsstudium in Polen: Wir wollen bestehende Hürden abbauen, damit der europäische Bildungsraum für alle Menschen in der EU zum persönlichen Chancenraum wird. Die Bildungsfreizügigkeit wollen wir als neue Grundfreiheit der Europäischen Union etablieren.“ (S. 3)² Bildungs- und Arbeitsangebote sollen in der gesamten EU genutzt werden können. Nach Ansicht der FDP sind gerade beste Bildungs- und Berufschancen die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und einen individuellen Aufstieg. Sie sieht „exzellente Bildung und freie Forschung als unabdingbare Voraussetzungen für Innovation und Wohlstand und damit für eine bessere Zukunft für Europa.“ (S. 3)² Die europäischen Berufsausbildungs- und Schulsysteme sollen mit Blick auf Bildungsmobilität besser aufeinander abgestimmt werden. Der Kopenhagen-Prozess zu Qualität und Anerkennung der beruflichen Bildung soll auf schulische Bildung ausgeweitet und zu einem Erfolg wie der Bologna-Prozess gemacht werden.

Die FDP erkennt an, dass das Programm Erasmus+ Millionen jungen Menschen Auslandserfahrungen in Europa ermöglicht. Darauf aufbauend soll das Erasmus+-Programm gestärkt und auch für Lehrkräfte, Schüler*innen sowie Azubis besser zugänglich gemacht werden. Ziel der FDP ist es, „dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate ihrer Schulzeit im europäischen Ausland verbringen können“

(S. 3)². Jungen Menschen sollen vor allem bei der beruflichen Bildung europäische Perspektiven im Handwerk und den dualen Ausbildungsberufen aufgezeigt werden. Der Europäische Freiwilligendienst sowie der Kultur- und Sportaustausch sollen zur Förderung von sozialem Engagement und kulturellem Austausch in Europa sowie zu grenzüberschreitenden Aktivitäten gemeinnütziger Organisationen dienen. Um eine „kulturelle Überzeugungskraft“ zu entfalten, sollen Austauschprogramme wie Erasmus+ massiv mit dem Fokus auf Länder des Globalen Südens ausgeweitet werden.

Mit Sicherheit Europa. Für ein Europa, das schützt und nützt.³

Eher schlagwortartig fasst die CDU ihre Forderungen zur Europawahl auf 27 Seiten zusammen. Bildungs- und Ausbildungsmobilität sollen gestärkt und damit einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geleistet werden. Hierfür sollen die Mitgliedstaaten die Anerkennungsverfahren und Transparenzinstrumente für die berufliche Bildung weiter vereinfachen. Der europäische Jugendaustausch und die Freiwilligenprogramme in Europa sollen gestärkt und die Mobilität junger Menschen, etwa mit dem Ausbau von „DiscoverEU“, umfassender unterstützt werden.

Damit mehr Auszubildende an Austauschprogrammen mit anderen EU-Staaten teilnehmen, sind aus Sicht der CDU die Beratungs- und Förderangebote in Deutschland zu erweitern und unter einem nationalen Dach zusammenzuführen. Daher will sie sich auch für die Erweiterung und finanzielle Aufstockung des Erasmus+-Programms einsetzen, damit Studierende, Auszubildende und Schüler*innen die Möglichkeit haben, einen Teil ihrer Ausbildung im europäischen Ausland zu absolvieren.

Was uns schützt.

BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN sind die einzige Partei, die in ihrem 114 Seiten umfassenden Wahlprogramm der Jugend ein ganzes Kapitel widmet – und im Vergleich zu den anderen Parteien sehr konkrete Vorhaben und Ideen formuliert. Für die GRÜNEN ist Erasmus+ eine der europäischen Erfolgsgeschichten,

auch für die Jugendarbeit: „Mit Blick auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür einsetzen, die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.“ (S. 58)⁴ Damit das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert, sprechen sich die GRÜNEN außerdem für eine Vereinfachung der Projektförderung über Erasmus+ aus. Sie wollen Europa erlebbarer und erfahrbarer machen und wünschen sich die Stärkung der europäischen Jugendarbeit mit dem Fokus Osteuropa.

Jugendliche und ihre Bedürfnisse sind nach Ansicht der GRÜNEN im politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Daher soll das Wahlrecht ab 16 Jahren „in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit“ (S. 58)⁴ werden. Jugendbeteiligung soll in Europa strukturell weiter ausgebaut werden – etwa über den EU-Jugenddialog, der weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden soll. Sie unterstützen den EU-Youth-Check und wollen sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen junger Menschen in allen Politikbereichen stärkt. „Dafür müssen bestehende Beteiligungsformate für junge Menschen sinnvoll miteinander verknüpft, strukturell abgesichert und ihre Anbindung an nationale Beteiligungsstrukturen sichergestellt werden.“ (S. 59)⁴ Außerdem soll die Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet werden.

Um das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken, wollen die GRÜNEN eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen – gerade auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen, für die es bessere Rahmenbedingungen brauche wie z. B. eine angemessene Aufwandsentschädigung. Grundsätzlich soll die Vergabe von EU-Geldern stärker daran gekoppelt werden, dass Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt werden.

Die Ausbildung in den Handwerksbetrieben soll aus Sicht der GRÜNEN besonders gefördert werden. Vereinfachte Antragsverfahren und reduzierte Berichtspflichten sollen den Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu Förder- und Investitionsprogrammen der EU erleichtern. „In Zeiten multipler Krisen brauchen junge Erwachsene Perspektiven, die Mut machen, und ein System, das sie im Notfall

² Europa. Einfach. Machen. Das Programm der FDP zur Europawahl 2024.



https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-03/2024-01-28_ept_das-programm-der-fdp-zur-europawahl-2024-1-_0.pdf

³ Mit Sicherheit Europa. Für ein Europa, das schützt und nützt. Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl 2024.



https://www.csu.de/common/download/Europawahl_2024/Wahlprogramm_Europa-wahl_2024_CDU_CSU_.pdf

⁴Was uns schützt. Europawahlprogramm 2024 von BÜNDNIS 90/ Die Grünen.



https://cms.gruene.de/uploads/assets/20240306_Reader_EU-Wahlprogramm2024_A4.pdf

auffängt. Daher nehmen wir die europäische Jugendarbeitslosigkeit weiter in den Blick. Die europäische Jugendgarantie ist ein Weg, um jungen Menschen berufliche Perspektiven zu eröffnen und sie als Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir begrüßen ihre Stärkung im Rahmen der Coronapandemie und setzen uns weiter für eine Verstärkung ein.“ (S. 47)⁴ Gerade die Standards der Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote sollen weiterentwickelt werden. Jeder junge Erwachsene in Europa soll durch gute Beratung und Qualifizierung die Chance bekommen, einen Beruf zu erlernen. Darum sollen berufliche Ausbildungsabschlüsse und Bildungsabschlüsse im Rahmen des Europäischen Qualifizierungsrahmens einfacher und schneller in jedem Land der EU gelten und nicht, wie bisher, mühsam anerkannt werden müssen.

Europa neu denken.

Auf 27 Seiten fasst die AfD ihre Vorhaben zur Europawahl zusammen und unterstreicht ihr nationalstaatliches Denken und ihre europakritische bis -feindliche Haltung: Sie will unter anderem den „Ideologischen Durchgriff der EU auf deutsche Kinder und Jugendliche verhindern“ (S. 49)⁵. Mit einem verbesserten Schutz der EU-Außengrenzen sollen islamistische Terrorpotenziale abgewehrt und bekämpft werden. Die AfD sieht die EU-Mitgliedstaaten in der Verantwortung, Kinder und Jugendliche vor einer muslimisch-fundamentalistischen Indoktrination zu bewahren. „Richtige Inklusion“ ist nach Auffassung der AfD in Deutschland mit dem Förderschulsystem bereits erfüllt. Eine Inklusion um jeden Preis gehe zulasten der Bildungsqualität aller Beteiligten. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen und für eine Inklusion mit Augenmaß ein.

Mit der Schaffung eines Europäischen Bildungsraumes bis 2025 sieht die AfD die Gefahr, „dass unsere erfolgreiche deutsche duale Ausbildung – ähnlich wie die akademische Ausbildung im Bologna-Prozess – entwertet wird.“ (S. 48)⁵ Daher soll das erfolgreiche deutsche System der dualen Ausbildung und des dualen Studiums den anderen europäischen Staaten als Vorbild dienen. „Die Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen muss durch Ablegen einer Prüfung am Arbeitsort nach den dort geltenden nationalen Standards nachgewiesen werden.“ (S. 24)⁵

⁵Europa neu denken. Europawahlprogramm 2024 der AfD.



https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/12/AfD_EW_Programm_2024.pdf

DU hast die Wahl

Insgesamt 35 Parteien und politische Vereinigungen treten in Deutschland zur Europawahl an. Die Lebenssituation junger Menschen, die Sorge darum, dass sie gut und sicher aufwachsen und dass sie persönliche und berufliche Perspektiven haben, ist kein vordringliches Ziel, das die meisten Parteien in ihren Programmen aufgreifen. Angesichts der aktuellen Krisen mag das nicht verwundern. Allerdings war das Thema „Jugend“ auch in den vergangenen Jahren auf europäischer Ebene eher eines für Expert*innen und nicht bestimmend im politischen Dialog. Die meisten Parteien wollen, wenn überhaupt, die bisherige Programme wie z. B. Erasmus+ fortsetzen und „stärken“ - was immer man darunter verstehen mag.

Positiv wahrzunehmen ist, dass zumindest bei einigen Parteien der Blick auf finanziell schlechter gestellte junge Menschen gerichtet wird und bestehende Förderprogramme auf diese Zielgruppe besser angepasst werden sollen. Einzig die GRÜNEN thematisieren in ihrem Wahlprogramm eine Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen auf europäischer Ebene. Wie Roman Sieler in *jugendsozialarbeit aktuell Nr. 224* dargestellt hat, gibt es hier noch Luft nach oben.

Einen Vergleich weiterer Themen der Europawahl wie z. B. Klima und Umwelt, Migration und Asyl, Sozialpolitik, Demokratie oder Digitalisierung hat die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg auf ihrer Website veröffentlicht: <https://www.europawahl-bw.de/wahlthemen-vergleich0>

Seit über 70 Jahren wachsen die Staaten Europas näher zusammen und sorgen so für Frieden, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit auf unserem Kontinent. Dies gilt es zu bewahren und zu sichern. Auch und gerade für zukünftige Generationen. In diesem Sinne ist Europapolitik auch immer Jugendpolitik.

IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Kleine Spitzengasse 2 - 4
50676 Köln
E-MAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
WEB: www.jugendsozialarbeit.info

jugendsozialarbeit aktuell (Print)
ISSN 1864-1911
jugendsozialarbeit aktuell (Internet)
ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers
REDAKTION: Franziska Schulz
DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln

